

Protokoll

Kolloquium zur Neugestaltung der Altenberger Schullandschaft

Datum: 02.05.2018

Ort: Mensa der Ludgerischule

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste

Am 02.05.2018 fand in der Mensa der Ludgerischule ein Kolloquium zur Entwicklung der Altenberger Schullandschaft unter Moderation von Herrn Heller von der Firma Biregio statt. Zu dem Kolloquium waren jeweils die SchulleiterInnen und stellvertretenden SchulleiterInnen der Altenberger Grundschulen, Vertreter der Elternschaften und der OGS, die Ratsmitglieder der Gemeinde Altenberge und die sachkundigen Bürger des SSSKA eingeladen. Zudem war die Schulrätin des Schulamtes für den Kreis Steinfurt, Frau Eggert anwesend. Von der Verwaltung waren BM Paus, VA Menden und VA Gedenk vor Ort.

Zu Beginn begrüßt BM Paus die Anwesenden und gibt einen kurzen Rückblick auf das bisherige Verfahren, insbesondere weist er auf den bestehenden Ratsbeschluss vom 15.06.2015 zum Umzug der Johannesschule in das Gebäude der Ludgerischule hin. Er erinnert noch einmal an die Aufgabenstellung an die Firma Biregio, wie sie vom Rat der Gemeinde Altenberge am 10.07.2017 beschlossen wurde.

Herr Heller von der Firma Biregio stellt nach der Begrüßung die bisherigen Arbeitsergebnisse in einer Präsentation vor. Anschließend werden diese Ergebnisse in die allgemeine Diskussion gegeben.

Auf Nachfrage von RM Kißling erklärt Herr Rosenow, dass aus Sicht beider Schulleitungen die Variante 1 die am schlechtesten geeignete sei, da insbesondere eine Durchmischung von Jahrgängen im Gebäude der Borndalschule nicht gegeben sei. RM Reifig fragt nach, ob ein jahrgangsübergreifender Unterricht möglich sei. Herr Rosenow erwidert, dass dies in der Realität kaum praktiziert werde.

Frau Schulrätin Eggert macht zunächst klar, dass aus ihrer Sicht das pädagogische Konzept nicht durch das vorhandene Raumangebot vorgegeben werden dürfe. Herr Heller erwidert daraufhin, dass alle drei erarbeiteten Varianten sowohl für eine gemeinsame Altenberger Grundschule als auch für zwei kleinere Systeme umsetzbar seien, und dass alle Varianten gute Varianten für eine Beschulung von Grundschulkindern seien.

RM Kißling und Schneider fragen nach, warum nicht ein Neubau als vierte Variante betrachtet worden sei und wie eine solche neue Schule aussehen könnte. BM Paus antwortet, dass für diese Variante eine Kostenermittlung erstellt worden sei. Herr Heller ergänzt, dass eine Neuzeichnung einer Grundschule jederzeit möglich sei, dies aber nicht Teil des Auftrages gewesen und somit hier auch nicht zielführend sei. RM Baumann wirft ein, ob ein Teilabriss Sinn ergebe. So könne ein Teil der Gemeindeverwaltung in das Gebäude der Ludgerischule umziehen, gespartes Geld könne in den Neubau einer Schule investiert werden. Sk. B. Dr. Weide wirft ein, dass der Auftrag zu eng gestellt oder interpretiert worden sei. Er stellt die Frage, ob ein altes Gebäude für die Zukunft aufgestellt und kindgerecht hergerichtet werden könne. BM Paus antwortet, dass dies von dem Architekt Herrn Welp bejaht worden sei. Auf den Einwurf von BM Paus, dass das Gebäude seinerzeit als Grundschule gebaut worden sei, erwidert sk. B. Dr. Weide, dass Grundschulen heutzutage anders gebaut würden.

RM Conrads gibt zu bedenken, dass eine gute Atmosphäre für Grundschüler wichtig sei und fragt nach, ob eine solche Atmosphäre in der Ludgerischule geschaffen werden könne. Herr Rosenow erwidert, dass das Gebäude der Ludgerischule aus seiner Sicht als Grundschule schwerer vorstellbar sei. Herr Heller verweist auf Beispiele in der Präsentation, wie das Gebäude freundlicher und offener gestaltet werden könnte. RM Große-Wiedemann weist auf die deutlich höheren Kosten eines Neubaus hin und bekräftigt, dass diese bei der Entscheidung auch eine Rolle spielen müssten. Daher sei ein Neubau für die CDU-Fraktion keine Option. RM Germing ergänzt, dass nicht nur auf die Kosten geschaut worden sei, vielmehr hätten die Varianten 2 und 3 auch konzeptionell überzeugt.

RM Große-Wiedemann fragt nach, wie in den Varianten die Verwaltungsbereiche berücksichtigt worden seien. Herr Heller erläutert, dass bei größeren Schulsystemen proportional weniger Fläche für Verwaltung anfalle, aber auch bei einer gemeinsamen Grundschule in beiden Gebäuden Verwaltungsflächen notwendig seien.

Herr Heller erläutert weiterhin die veranschlagten Kapazitäten für die OGS-Betreuung. Er macht deutlich, dass mit zwei OGS-Räumen pro Zug gerechnet worden sei und somit ein maximales Raumangebot von 12 Räumen á 25 – 30 Schülern vorhanden sei. Er weist weiterhin darauf hin, dass auch mit Doppelnutzungen gearbeitet werden sollte, da sonst eine komplette „zweite Schule“ für die Umsetzung des Betreuungsangebotes notwendig sei. Es müssten daher Räume flexibel genutzt werden. Herr Rosenow wirft ein, dass aus seiner Sicht die Gruppengrößen von derzeit 25 Kindern nicht auf 30 steigen sollten. RM Nemitz wirft ein, dass die Raumnutzung vor allem eine organisatorische Frage sei, so sei beispielsweise der 200 m² große Mehrzweckraum flexibel nutzbar. BM Paus ergänzt, dass nach derzeitigem Kenntnisstand eine 6-Zügigkeit wohl auch eher die Ausnahme darstellen werde, es laufe eher auf 5,5 Züge hinaus.

Frau Mahlmann berichtet, dass die derzeitige Auslastung der OGS bei 11 Räumen läge. Es mussten jedoch bereits Eltern abgewiesen werden, und der Betreuungsbedarf werde weiter steigen. RM Reifig verweist auf einen möglichen Rechtsanspruch auf die außerunterrichtliche Betreuung. Frau Mahlmann ergänzt, dass es bislang noch keine Konzepte für diesen gestiegenen Bedarf gebe und sieht Beratungsbedarf für mögliche Nutzungskonzepte. Aus ihrer Sicht sei lediglich bei der Variante 2 genug Raum vorhanden.

Die Frage, ob bei zwei getrennten Schulen eine gemeinsame Nutzung von Räumen vorstellbar sei, wird von beiden Schulleitungen bejaht. Herr Heller ergänzt, dass dies auch in den Varianten berücksichtigt worden sei.

Eine mögliche Kollision mit externen Gruppen in den Nachmittagsstunden wird nicht als großes Problem angesehen, da sich die Vereinsarbeit bereits heute deutlich in den späteren Nachmittag verlegt habe.

RM Kißling fragt nach, wie das Thema Inklusion bei den Varianten berücksichtigt worden sei, und ob Gemeinsames Lernen in Zukunft an beiden Schulen möglich sei. Herr Heller erklärt, dass das Thema z. B. durch großzügige Gruppenräume berücksichtigt worden sei. Frau Eggert erwidert, dass Gemeinsames Lernen Stand jetzt auch in Zukunft nur an einer Altenberger Schule möglich sei, da Gemeinsames Lernen an einzelnen festgelegten Grundschulen konzentriert werden solle.

Herr Heller stellt anschließend die Vor- und Nachteile von einer gemeinsamen oder zwei getrennten Schulen in der Präsentation vor. Er weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Aufzählung ohne Gewichtung handele.

Frau Eggert bekräftigt, dass eine gemeinsame Schule als Chance gesehen werden könne. Die Bezirksregierung würde jedoch sowohl eine Altenberger Grundschule als auch zwei getrennte Grundschulen mittragen. Positive Aspekte einer gemeinsamen Grundschule seien ein gemeinsames Konzept, keine Konkurrenz beim Anmeldeverfahren, Gemeinsames Lernen für alle Kinder, die Bildung von Schülerhäusern, Synergieeffekte, keine Gefährdung einer Schule durch sich änderndes Elternwahlverhalten und der Entfall von möglichen Zügigkeitsbeschränkungen. Sie ergänzt, dass auch in einer gemeinsamen Schule differenziertes Arbeiten nicht nur möglich, sondern notwendig sei.

RM Germing fragt nach, ob aus Sicht der Schulleitungen das Anmeldeverhalten konzeptionell begründet sei. Frau Plettendorf erwidert, dass das Anmeldeverhalten nicht vorhersehbar sei und sich auch ändern könne. Herr Rosenow bekräftigt, dass die Entscheidung der Eltern für oder gegen eine Schule nicht nur vom Gemeinsamen Lernen, sondern vom Konzept und Auftreten der Schule abhänge.

Herr Heller erklärt, dass Biregio die Schulen einzeln fortgeschrieben habe. Zum aktuellen Stand gebe es eher eine Tendenz zu 2+4 Zügen, daher seien bei einer Variante 3+3 wahrscheinlich bei kommenden Schulanmeldungen mehr Abweisungen an der Johanneschule notwendig.

Die Elternvertreter Herr Landsknecht und Herr Voss teilen mit, dass es unter der Elternschaft keine einheitliche Meinung gebe. Herr Landsknecht ist der Ansicht, dass es weiterhin zwei Schulen geben solle, da die Borndalschule mit ihrem Konzept gute Arbeit leiste. Er berichtet, dass in den Kolloquien freies Denken möglich gewesen sei. Er vermisse jedoch bei den Beratungen neue pädagogische Konzepte. Die Gebäude hätten von Anfang an im Vordergrund gestanden. Herr Voss erklärt, dass es aus seiner Sicht schwierig sei, zwei unterschiedliche Konzepte in eine Schule zusammen zu bringen. Herr Pferdenges erklärt, dass zuerst eine Grundsatzentscheidung getroffen werden müsse, ob es zukünftig eine oder zwei Schulen in Altenberge geben soll. Er weist darauf hin, dass eine Schule mit einem Konzept vielleicht zu gleichförmig sein könnte. Vielfalt sei positiv zu werten und bedeute Attraktivität für den Ort.

RM Baumann wirft die Frage auf, ob die Konzepte der beiden Schulen nicht doch zusammen zu bringen seien und erklärt, dass zwei Grundschulen unmittelbar nebeneinander gelegen schwierig seien. Er plädiert für eine Zusammenlegung der beiden Schulen.

RM Kißling bedauert, dass die Diskussionen immer auf die Frage nach einer oder zwei Schulen hinauslaufe, es hingegen keine Diskussion über ein Zukunftskonzept gebe.

Die Schulleitungen bekräftigen auf Anfrage, dass sie sich in dieser Hinsicht in den Kolloquien gut repräsentiert gesehen hätten. Herr Rosenow erklärt, dass die Ausgangsfrage sein müsse, was Schüler und Lehrkräfte für guten Unterricht benötigten. Eine inhaltliche Konzeption sei jedoch in der Kürze der Zeit nicht machbar, dieser Entwicklungsprozess nehme nach seiner Erfahrung ca. zwei Jahre in Anspruch.

Es herrscht allgemeine Einigkeit, dass die Entscheidung für eine oder zwei Schulen im Vordergrund stehen müsse, und alle weiteren Konzepte darauf aufbauen müssten.

Abschließend bittet Frau Eggert im Rückblick auf die Diskussion eindringlich die Teilnehmer, die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob die beiden Schulen zusammengelegt werden sollen oder nicht. Erst danach können zukunftsorientierte, zielführende Gespräche mit allen Beteiligten stattfinden und tragfähige Konzepte erarbeitet werden.

BM Paus hält es für sinnvoll, dass vor der Sommerpause eine Entscheidung getroffen werde. Die Zeit der Entwicklungs- und Bauphase könne für die Entwicklung eines neuen Leitbildes und den damit verbundenen Besprechungen genutzt werden. Er bittet die Fraktionen, intern zu beraten, damit in der nächsten SSSKA-Sitzung erste Weichen gestellt werden könnten.

Im Auftrag:

(Gedenk)